

2017

7. Tätigkeits-bericht (2015 bis 2017) des Landes-beauftragten für Menschen mit Behinderung beim Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtags

Landesbeauftragter
für Menschen
mit Behinderung

SCHLESWIG-
HOLSTEINISCHER
LANDTAG



JETZT HANDELN



Empfehlungen des Landes-beauftragten
an die Landes-politik, die Kommunen und
an den Bund

Leichte Sprache



Inhaltsverzeichnis

Einleitung	4
Vorwort	7
Die Handlungsempfehlungen	8
Allgemeines	9
Mehr Sozialraumorientierung	
Gewalt in Einrichtungen verhindern	
Mehr Gleichberechtigung und Inklusion	
Arbeit	18
Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderungen	
Budget für Arbeit prüfen	
Keine Benachteiligung wegen kurzer Arbeitszeit	
Barrierefreiheit	22
E-Scooter in Bussen	
Gutachten über Barrierefreiheit	
Mehr Universelles Design	
Barrierefreiheit für alle!	
Bildung	29
Inklusion an Schulen	
Mehr Lehrer für bessere Inklusion	
Kontakt zu anderen Menschen mit Behinderungen	
Teilhabe	37
LBBG verbessern	
Mehr Mitbestimmung	
Wahlrecht für alle!	

Inhaltsverzeichnis

Psychiatrie 41

Weniger Zwang in der Psychiatrie
Richtlinie für die Arbeitskreise
Bessere Hilfe für psychisch kranke Menschen

Eingliederungshilfe 44

Mehr Hilfe beim Persönlichen Budget
Mehr Tages-förderstätten
Ausbildung EX-IN soll bezahlt werden

Kurze Wörter 50

Impressum 51

Einleitung



Ulrich Hase ist der Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderung in Schleswig-Holstein. Er arbeitet für Menschen mit Behinderungen. Und er setzt sich für ihre Rechte ein. Ulrich Hase arbeitet auch mit Menschen mit Behinderungen zusammen. Ulrich Hase möchte zum Beispiel mehr Barrierefreiheit.

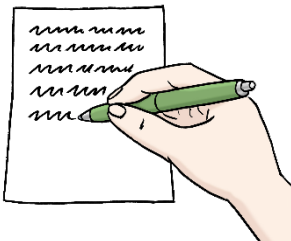
Barrierefreiheit heißt:

Alle Menschen können überall ohne Hilfe hinkommen.
Zum Beispiel in ein Museum.
Und alle Menschen können alles ohne fremde Hilfe benutzen.
Zum Beispiel eine Internet-seite.

Ulrich Hase setzt sich auch für mehr Inklusion ein.

Inklusion heißt:

Alle Menschen können überall mitmachen.
Alle Menschen haben die gleichen Rechte.



Alle 2 Jahre schreibt Ulrich Hase einen Text.

In dem Text steht:

- Wie es den Menschen mit Behinderungen in Schleswig-Holstein geht.
- Was Ulrich Hase in den 2 Jahren gemacht hat.
- Was noch zu tun ist.

Der Text heißt:

Tätigkeitsbericht.

Einleitung

Zum Tätigkeitsbericht gibt es auch ein Heft.
In dem Heft stehen Handlungsempfehlungen.

Handlungsempfehlungen geben Infos.
Die Infos sind zum Beispiel für Politiker.
Die Politiker sollen dann verstehen:

- Das ist schon gut für Menschen mit Behinderungen.
- Das muss noch besser werden.
- Wie kann es Menschen mit Behinderungen besser gehen?



Das Heft heißt:

Jetzt handeln

Empfehlungen des Landesbeauftragten
an die Landespolitik, die Kommunen
und an den Bund

Ulrich Hase sagt:

Es soll mehr Infos in Leichter Sprache geben.
Darum gibt es viele von seinen Texten auch
in Leichter Sprache.

Einige Wörter in diesem Text stehen
etwas weiter rechts.

So zum Beispiel.

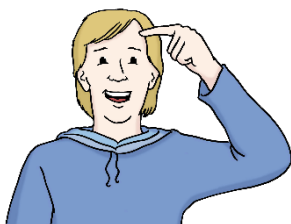
Das heißt:

Hier wird etwas erklärt oder
hier gibt es Beispiele.

Und einige Wörter sind **dick und hell-blau**.

Das heißt:

Hier wird ein schweres Wort erklärt.



Einleitung



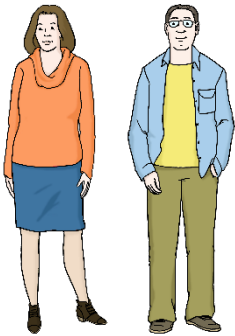
Manchmal sind Wörter auch sehr lang.
Dann steht danach im Text auch das kurze Wort.

Zum Beispiel:

Das Allgemeine Gleich·behandlungs·gesetz
heißt auch kurz:

AGG

Die kurzen Worte werden noch mal erklärt:
Auf Seite 50 stehen die kurzen und
die langen Wörter.



Im Text stehen meistens nur
die Wörter für Männer.

Man kann den Text dann leichter lesen.

Aber auch Frauen sind damit gemeint.

Zum Beispiel:

Das Wort Betreuer steht im Text.

Der Betreuer kann ein Mann sein oder
eine Frau.



Im Text steht auch manchmal:

Das Land Schleswig-Holstein.

Damit ist gemeint:

Die Regierung vom Land Schleswig-Holstein.

Die Landes·regierung sind Politiker.

Vorwort



Für die Handlungs-empfehlungen gibt es ein Vorwort von Ulrich Hase.

In einem **Vorwort** gibt man Infos zum Text.

Zum Beispiel was in dem Text steht.

Und was einem für den Text wichtig ist.

Oder warum man den Text schreibt.

In seinem Vorwort schreibt Ulrich Hase im Dezember 2017:

Dieser Text sind meine Handlungs-empfehlungen.

In den Handlungs-empfehlungen stehen Ziele und Aufgaben.

Viele Ziele sind schon erreicht.

Es gibt aber auch noch viel zu tun.

Meistens muss die Landes-regierung von Schleswig-Holstein mithelfen.

Denn Politiker können Regeln machen oder neue Gesetze.

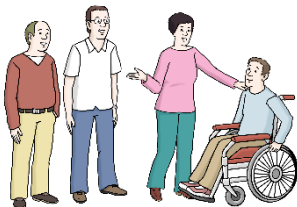
Gemeinsam können wir noch mehr für Menschen mit Behinderungen machen.

Wir wollen mehr Barriere-freiheit und mehr Inklusion.

Das ist gut für alle Menschen.

Darum wollen wir jetzt gemeinsam etwas tun.

Darauf freue ich mich.



Die Handlungs·empfehlungen

Der Tätigkeits·bericht von Ulrich Hase besteht aus mehreren Teilen.

Die Teile heißen Kapitel.

Kapitel gibt es zum Beispiel auch in Büchern.

Jedes Kapitel hat mindestens eine Seite oder auch mehrere Seiten.

Die Handlungs·empfehlungen gehören zu bestimmten Seiten und Kapiteln.

Vor jeder Handlungs·empfehlung stehen die Seite und das Kapitel.

So kann man den Original·text im Tätigkeits·bericht nachlesen.

Aber:

Der Tätigkeits·bericht ist in schwerer Sprache.



Allgemeines

1

Mehr Sozialraum-orientierung

Seite 14 Kapitel 2.2

Im Kreis Nordfriesland bekommen Menschen mit Behinderungen gute Unterstützung: Dort gibt es **Sozialraum-orientierung**.

Menschen mit Behinderungen können mitbestimmen und mithelfen.

Bei der Sozialraum-orientierung prüft man:

- Welche Unterstützung braucht der Mann oder die Frau?

- Wie und wo lebt er oder sie?

Zum Beispiel:

- Auf dem Dorf oder in der Stadt.
- Alleine oder mit anderen Menschen.
- Was kann der Mann oder die Frau selbst tun?

Ulrich Hase sagt:

Sozialraum-orientierung soll es in allen Kreisen und in allen kreis-freien Städten geben.

Kreis-freie Städte sind zum Beispiel:

- Flensburg
 - Kiel
-



2

Aktionspläne umsetzen

Seite 19 Kapitel 2.4

Der Landesaktionsplan ist fertig.

Der **Landesaktionsplan** ist ein Text.

Es gibt ihn auch in Leichter Sprache.

Viele Menschen haben beim

Landesaktionsplan mitgemacht:

- Politiker
- Ulrich Hase
- Menschen mit Behinderungen

Im Landesaktionsplan stehen Ziele und

Aufgaben:

So kann es Menschen mit Behinderungen
besser gehen.

Es gibt auch andere Aktionspläne.

Zum Beispiel von der Bundesregierung.

Wir müssen den Landesaktionsplan umsetzen.

Auch die Maßnahmen müssen wir umsetzen.

Das heißt:

Wir müssen uns an den Landesaktionsplan halten.

Dafür muss es auch mehr Geld geben.

Und wir brauchen auch mehr Aktionspläne
in Schleswig-Holstein.

Sie helfen dabei mehr Inklusion zu erreichen.

Menschen mit Behinderungen sollen

bei den Aktionsplänen mitmachen.

Ihre Meinung ist wichtig.



3

Gleichbehandlung verbessern

Seite 22 Kapitel 2.5

Allgemeines

Es gibt viele verschiedene Gesetze.

In **Gesetzen** stehen Rechte und Pflichten.

Gesetze bestehen aus verschiedenen Teilen.

Die Teile nennt man auch:

Paragrafen.

Das Zeichen für Paragrafen sieht so aus:

§

Das Allgemeine Gleich·behandlungs·gesetz
heißt auch kurz:

AGG

Im AGG steht zum Beispiel:

Menschen mit Behinderungen sollen

keine Nachteile haben.

Sie dürfen **nicht** diskriminiert werden.

Sonst können sie vor Gericht klagen.

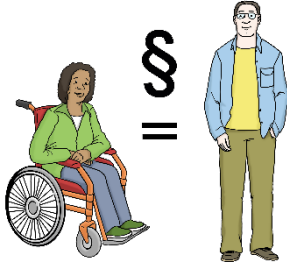
Dafür haben sie aber **nur** 2 Monate Zeit.

Deshalb fordert Ulrich Hase:

Das Gesetz soll verändert werden.

Menschen mit Behinderungen sollen auch
später vor Gericht klagen können.

Und sie sollen mehr Unterstützung
vor Gericht bekommen.



In Paragraf 13 vom
Landes·behinderten·gleichstellungs·gesetz steht:
Es soll mehr Infos in Leichter Sprache geben.

Kurz heißt das

Landes·behinderten·gleichstellungs·gesetz:

LBGG

Auch Träger der Eingliederungshilfe sollen
mehr Infos in Leichter Sprache geben.

Träger der Eingliederungshilfe sind:

- Das Land Schleswig-Holstein
- Die Kreise
- Die kreis·freien Städte

Noch gibt es zu wenig Texte in Leichter Sprache.
Deshalb sagt Ulrich Hase:

Auch Träger der Eingliederungshilfe müssen sich
an das Gesetz halten.

Sie müssen mehr Texte in Leichter Sprache
schreiben.





Menschen mit Behinderungen erleben öfter Gewalt als Menschen ohne Behinderungen. Vor allem Menschen in Einrichtungen.

Einrichtungen sind zum Beispiel:

- Wohnstätten

Menschen mit Behinderungen sollen besser vor Gewalt geschützt werden.

Die Einrichtungen sollen dabei helfen.

Dafür soll es Texte geben.

In den Texten soll stehen:

So will die Einrichtung Gewalt verhindern.

Einige Menschen bekommen vom Gericht einen gesetzlichen Betreuer.

Die Betreuer sollen Menschen unterstützen.

Zum Beispiel beim Thema Geld oder wenn jemand eine neue Wohnung braucht.

Aber:

Es gibt **keine** berufliche Ausbildung zum Betreuer.

Man weiß also **nicht** genau:

Ist der Betreuer gut oder

ist der Betreuer **nicht** gut?

Oft fragen Betreuer Menschen mit Behinderungen **nicht** nach ihrer Meinung.

Das soll anders werden:

Betreuer sollen Menschen mit Behinderungen mehr unterstützen.

Sie sollen **nicht** immer alleine entscheiden.

Man soll genau wissen:

Der Betreuer ist gut oder

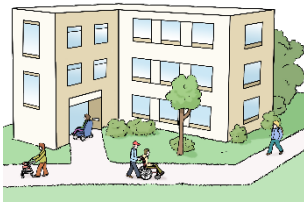
der Betreuer ist **nicht** gut.

Das heißt:

Die Betreuung soll besser werden.

Und die Landesregierung von Schleswig-Holstein soll dabei helfen.





Für die Einrichtungen sind die Kreise und kreis·freien Städte verantwortlich.

Das steht im Selbst·bestimmungs·stärkungs·gesetz.

Im Gesetz steht auch:

- Bewohner müssen mehr Infos bekommen.
- Sie können sich beschweren und ihre Meinung ist wichtig.

Einrichtungen werden auch geprüft:

- Wie geht es den Menschen in der Einrichtung?
- Ist die Hilfe in der Einrichtung gut?

Für die Prüfung gibt es bestimmte Regeln.

Die Regeln nennt man auch:

Prüf·richtlinie.

Ulrich Hase sagt:

Das Gesetz ist noch **nicht** gut genug.

Es muss besser sein.

Auch die Prüf·richtlinie muss besser sein.

Und es soll sie in Leichter Sprache geben.



Wir wissen **nicht** genau:

- Wie geht es Menschen mit Behinderungen bei uns?
- Was brauchen Menschen mit Behinderungen?
- Was muss noch besser sein für Menschen mit Behinderungen?

Deshalb soll es mehr Infos dazu geben.

Nur mit den Infos kann das Leben von Menschen mit Behinderungen besser werden.

Dafür sollen auch Menschen mit Behinderungen ihre Meinung sagen.

Menschen mit Behinderungen sind die Experten. Zum Beispiel sollen Mitarbeiter von Hochschulen mit Menschen mit Behinderungen sprechen.

An **Hochschulen** kann man studieren.

Hochschulen sind zum Beispiel:

- Universitäten
- Fachhochschulen



Nicht nur das Land Schleswig-Holstein soll einen Aktionsplan haben.

Auch Kommunen sollen eigene Aktionspläne machen.

Kommunen sind zum Beispiel:

- Kreise
- Städte
- Gemeinden

In Schleswig-Holstein soll Inklusion besser werden.

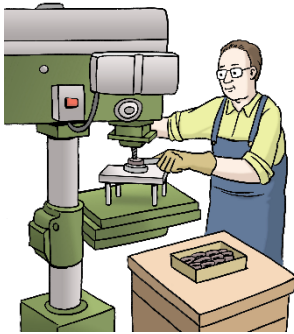
Die Aktionspläne helfen dabei.

Arbeit

10

Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderungen

Seite 24 Kapitel 2.6



Menschen mit Behinderungen sind häufiger arbeitslos als Menschen ohne Behinderungen.

Ulrich Hase sagt:

Es muss mehr Arbeitsplätze für

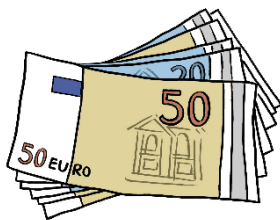
Menschen mit Behinderungen geben.

Damit mehr Menschen mit Behinderungen Arbeit haben.

11

Budget für Arbeit prüfen

Seite 24 Kapitel 2.6



Seit dem Jahr 2018 gibt es in ganz Deutschland das Budget für Arbeit.

Das **Budget für Arbeit** ist

Geld für Arbeitgeber.

Das heißt:

Einige Arbeitgeber geben Menschen mit Behinderungen einen Arbeitsplatz.

Der Staat bezahlt Geld an diese Arbeitgeber.

Man soll prüfen:

Hilft das Budget für Arbeit

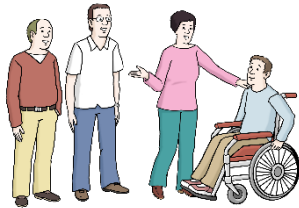
den Menschen mit Behinderungen?

Muss das Budget für Arbeit besser werden?

12

Menschen mit Behinderungen im Landesdienst

Seite 25 Kapitel 2.6



Auch für das Land Schleswig-Holstein arbeiten
Menschen mit Behinderungen.

Das heißt:

Sie arbeiten im Landesdienst.

Aber niemand weiß genau:

Wie viele Menschen mit Behinderungen
arbeiten im Landesdienst?

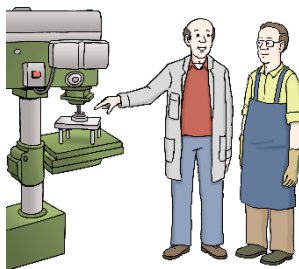
Das soll sich ändern.

Dann können mehr Menschen mit Behinderungen
für das Land arbeiten.

13

Mehr Ausbildungsplätze und Unterstützung

Seite 27 Kapitel 2.6



Menschen mit Behinderungen finden oft
schwerer einen Ausbildungsplatz:

Es gibt wenige Ausbildungsplätze und
die Behinderungen machen es ihnen oft schwer.

Deshalb soll die Regierung von Schleswig-Holstein
mehr für Menschen mit Behinderungen machen.

Zum Beispiel mit Arbeitgebern sprechen und
mehr Unterstützung bieten.

Einige Menschen mit Behinderungen können einen Antrag stellen:

Den Antrag für Gleichstellung.

Aber:

Nur Menschen mit Grad der Behinderung von 30 bis zu einem Grad der Behinderung von 50.

Für einige Menschen ist die Gleichstellung gut.

Sie können danach **nicht** wegen ihrer Behinderung eine Kündigung bekommen.

Eine **Kündigung bekommen** heißt:

Man darf **nicht** weiter für einen Arbeitgeber arbeiten.

Aber:

Die Menschen müssen dann mindestens 18 Stunden in der Woche arbeiten.

Ulrich Hase sagt:

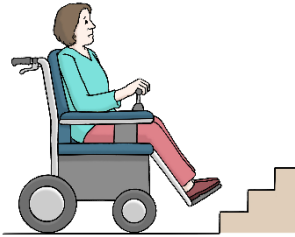
Das ist ungerecht.

Auch Menschen mit weniger Arbeitszeit sollen den Antrag stellen können.

Und dann Schutz vor einer Kündigung haben.

Menschen mit weniger Arbeitszeit sollen dadurch **keinen** Nachteil haben.





Menschen mit Behinderungen sollen besseren Schutz vor Diskriminierung bekommen.

Zum Beispiel vor Diskriminierung bei der Arbeit.

Das steht im AGG.

Aber:

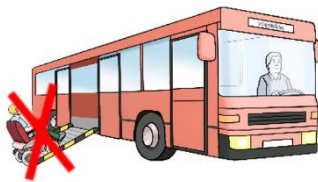
Das AGG kann noch besser sein.

Zum Beispiel sind viele Orte **nicht** barrierefrei.

Menschen mit Behinderungen sollen dagegen vor Gericht klagen können.

Deshalb sagt Ulrich Hase:

Das AGG soll verbessert werden.



Einige Menschen benutzen einen besonderen elektrischen Rollstuhl.

Die Rollstühle nennt man auch: E-Scooter.

E-Scooter sind in vielen Bussen verboten.

Das ist ein Problem.

Denn Menschen mit E-Scootern dürfen **nicht** mit dem Bus fahren.

Ulrich Hase möchte deshalb:

Die Landes-regierung von Schleswig-Holstein soll mit den Chefs der Bus-fahrer sprechen.

Gemeinsam sollen sie einen Vertrag machen.

Im Vertrag soll stehen:

- So können auch Menschen mit E-Scootern an ihr Ziel kommen.
 - So wollen wir das Problem lösen.
-

Neue öffentliche Gebäude
müssen barrierefrei sein.

Öffentliche Gebäude sind zum Beispiel:

- Schulen
- Krankenhäuser
- Theater



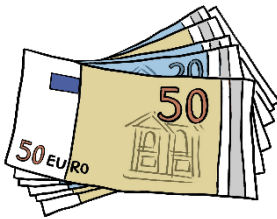
Aber private Gebäude
müssen **nicht** barrierefrei sein.

Private Gebäude sind zum Beispiel:

- Arztpraxen
- Kaufhäuser

Das ist ungerecht.

Auch private Gebäude sollen barrierefrei sein.



Die Regierung von Schleswig-Holstein sagt:

Bis zum Jahr 2022 soll es mehr Geld
für Barriere-freiheit geben.

Insgesamt 10 Millionen Euro.

Aber es steht noch **nicht** fest:

Für was genau soll das Geld ausgegeben werden?

Ulrich Hase sagt:

Einige Menschen und Unternehmen wollen
freiwillig für mehr Barriere-freiheit sorgen.

Die sollen mehr Geld bekommen.

Auch die Kommunen sollen Geld bekommen.

Für Ulrich Hase ist auch wichtig:

Menschen mit Behinderungen

sollen mit-entscheiden.

Nicht alle neuen öffentlichen Gebäude sind ganz barriere-frei.

Zum Beispiel:

Rollstuhl-fahrer brauchen in Gebäuden mehr Platz.

Oft ist aber **nicht** genug Platz da.

Die Planer von Gebäuden wissen oft vorher **nicht**:

- Das ist wichtig für Menschen mit Behinderungen.
- So baue ich barriere-frei.

Deshalb muss man schon beim Bau von Gebäuden auf Barriere-freiheit achten.

Dabei kann ein Gutachten helfen.

Ein **Gutachten** ist ein Text.

Für das Gutachten prüft man:

- Wird das neue Gebäude barriere-frei?
- Was müssen die Planer noch für die Barriere-freiheit vom Gebäude tun?

Die Ergebnisse von der Prüfung stehen im Gutachten.

Auch der Brand-schutz soll barriere-frei sein.

Nur dann können Menschen mit Behinderungen bei einem Feuer sicher aus dem Gebäude kommen.



Alle Sachen sollen von allen Menschen zu benutzen sein.

Zum Beispiel:

- Fast jeder Mensch weiß:
So kann ich ein Telefon benutzen.
Und alle Infos sollten für alle Menschen zu verstehen sein.

Zum Beispiel:

Die Schilder auf den Straßen kann fast jeder verstehen.

Das nennt man auch:

Universelles Design.

Das Wort **universell** meint:

Etwas ist für alle da.

Jeder Mensch kann es verstehen.

Das Wort **Design** meint:

So ist etwas gemacht und so sieht etwas aus.

Universelles Design meint also:

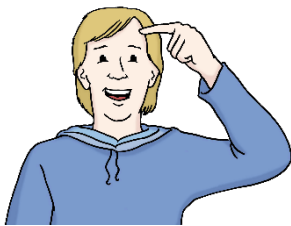
Alle Menschen können etwas benutzen.

Ulrich Hase meint:

Es sollte mehr Universelles Design geben.

Das Land Schleswig-Holstein und die Hochschulen sollen dabei helfen.

Dafür muss es auch mehr Geld geben.



Barriere-freiheit



Auch Menschen mit Behinderungen wollen Urlaub machen.

Oft wissen sie aber **nicht**:

- Wo kann ich barriere-freien Urlaub machen?
- In welche Hotels kann ich mit einem Rollstuhl?

Deshalb gab es bis zum Jahr 2015 ein Projekt:

Barriere-freier Tourismus.

Ulrich Hase sagt:

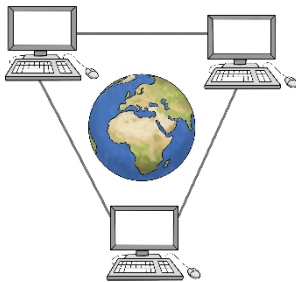
Das Projekt soll es wieder geben.

Wir müssen mehr für barriere-freien Urlaub tun.

22

Internet-seiten in Leichter Sprache

Seite 34 Kapitel 2.7



Internet-seiten vom Land Schleswig-Holstein sollen in Leichter Sprache sein.

Zum Beispiel Internet-seiten von:

- Ministerien
- Gerichten
- Schulen

Denn:

Jeder Mensch soll ohne fremde Hilfe

Infos bekommen und verstehen können.

So steht es auch im LBG in Paragraf 12.



Hochschulen sollen barriere-frei sein.

Auch Menschen mit Behinderungen sollen ohne fremde Hilfe studieren können.

Bis jetzt sind aber viele Hochschulen **nicht** barriere-frei.

Zum Beispiel:

In viele Hochschulen kommt man mit einem Rollstuhl **nicht** rein.

Oder Infos und Texte kann **nicht** jeder lesen.

Deshalb sagt Ulrich Hase:

Studenten mit Behinderungen sollen mehr Unterstützung bekommen.

Zum Beispiel mehr Beratung und Begleitung.

Viele Kinder gehen vor ihrer Schulzeit
in eine Kita.

Kita ist das kurze Wort für:

Kinder-tagesstätte.

Auch für Kitas gibt es Gesetze und Regeln.

Die stehen zum Beispiel:

- Im Kinder-tagesstätten-gesetz.
- In der Kinder-tagesstätten-verordnung.

Auch Kinder mit Behinderungen können
in eine Kita gehen.

Kinder mit Behinderungen brauchen aber oft
mehr Unterstützung.

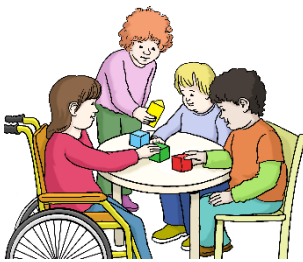
Deshalb sagt Ulrich Hase:

Die Gesetze und Regeln für Kitas sind
noch **nicht** gut.

Sie müssen besser sein.

Kinder mit Behinderungen sollen
gute Unterstützung bekommen.

Alle Kinder sollen zusammen leben und lernen.



25

Inklusion an Schulen

Seite 45 Kapitel 2.11

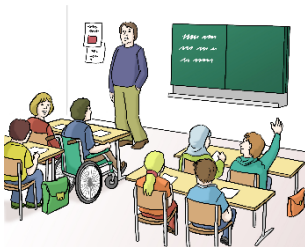


Jeder Mensch hat das Recht auf Bildung und alle Menschen sollen zusammen lernen. Auch in Schulen soll es mehr Inklusion geben. Viele Kinder mit Behinderungen gehen noch auf Förderschulen. Deshalb soll das Land Schleswig-Holstein noch mehr für Inklusion an Schulen machen.

26

Forschung zu Inklusion an Schulen

Seite 46 Kapitel 2.11



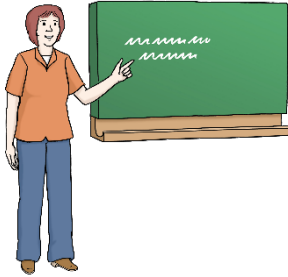
Es soll mehr Forschung zu Inklusion an Schulen geben. Menschen mit Behinderungen sollen sagen: Das läuft gut an Schulen und das läuft noch **nicht** gut. Die Ergebnisse der Forschung sollen auch für die neue Landes-regierung sein. Durch die Ergebnisse weiß die Landes-regierung:

- Das müssen wir besser machen.
- So kann Inklusion an Schulen funktionieren.

27

Mehr Lehrer für bessere Inklusion

Seite 46 Kapitel 2.11



Für mehr Inklusion an Schulen
braucht man auch mehr Lehrer.

Das Land Schleswig-Holstein möchte dabei helfen.

Ulrich Hase sagt:

Noch gibt es zu wenig Lehrer.

Deshalb muss das Land mehr für Lehrer machen.

Zum Beispiel sollen Lehrer mehr Geld bekommen.

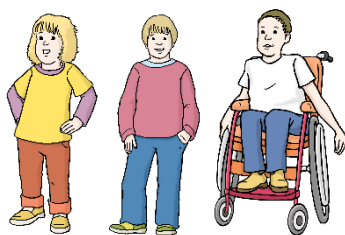
Die Lehrer sollen sagen:

Wir arbeiten gerne in Schleswig-Holstein.

28

Kontakt zu anderen Menschen mit Behinderungen

Seite 48 Kapitel 2.11



Schüler mit Behinderungen sollen Kontakt zu
anderen Schülern mit Behinderungen haben.

Das ist wichtig.

Denn Schüler mit Behinderung sollen

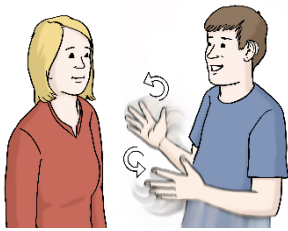
nicht alleine sein.

Ulrich Hase möchte:

Auch in der Schule sollen Menschen mit
Behinderungen miteinander sprechen.

Sie sollen sich austauschen und
voneinander lernen können.

Dabei sollen die Schulen helfen und
auch das Land Schleswig-Holstein.



Einige Menschen können **nicht** hören.

Diese Menschen haben eine Hör·behinderung.

Für sie gibt es eine Sprache:

Die **Gebärden·sprache**.

Ulrich Hase sagt:

Gebärden·sprache soll in der Schule

ein eigenes Unterrichtsfach sein.

Dann können auch Kinder ohne Hör·behinderung

die Gebärden·sprache lernen.

Das ist gut für alle Kinder.

Einige Menschen müssen ihre Heimat verlassen.

Zum Beispiel:

- In ihrer Heimat ist Krieg.
- Sie werden wegen ihrer Religion bedroht.

Diese Menschen nennt man auch:

Flüchtlinge.

Auch in Schleswig-Holstein leben Flüchtlinge.

Einige von ihnen haben eine Behinderung.

Ulrich Hase setzt sich auch für
Flüchtlinge mit Behinderungen ein.

Er sagt:

Wir müssen wissen:

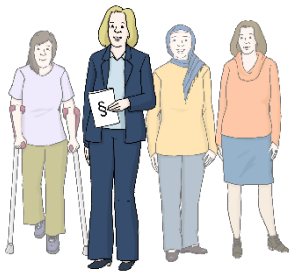
- Wie viele Flüchtlinge mit Behinderungen leben bei uns?
- Was brauchen die Flüchtlinge?

Außerdem soll für ihre Gesundheit gesorgt werden.

Auch Flüchtlinge mit Behinderungen sollen
zum Beispiel zum Arzt gehen können.

Und sie sollen auch Sozialhilfe und
Assistenzen bekommen können.





Menschen mit Behinderungen sind häufiger Opfer von Gewalt.

Vor allem Frauen mit Behinderungen in Wohnstätten.

Frauen-beauftragte können den Frauen helfen.

Frauen-beauftragte setzen sich für Frauen ein.

Sie hören den Frauen zu und sie helfen Frauen bei Problemen.

Deshalb sagt Ulrich Hase:

In jeder Wohnstätte soll es

Frauen-beauftragte geben.

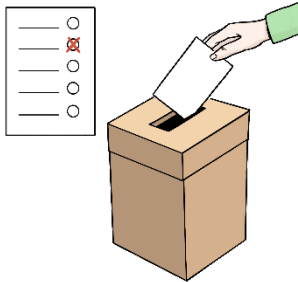
Die Landes-regierung soll dafür Regeln machen.

Bildung

32

Alle Menschen sollen wählen dürfen

Seite 64 Kapitel 2.18



Einige Menschen mit Behinderungen dürfen **nicht** bei der Bundestags-wahl mitmachen:

Menschen mit einer Betreuung in allen Angelegenheiten.

Das steht in einem Gesetz:

Im Bundes-wahl-gesetz in Paragraf 13.

Ulrich Hase sagt:

Alle Menschen sollen wählen dürfen.

Auch Menschen mit einer

Betreuung in allen Angelegenheiten.

Darum soll das Gesetz geändert werden.

33

Kieler Erklärung

Seite 116 Kapitel 8.4



Ulrich Hase hat sich mit den anderen Landes-beauftragten getroffen.

Das Treffen war im Oktober 2017 in Kiel.

Die Landes-beauftragten fordern:

Die Bundes-regierung soll mehr für

Menschen mit Behinderungen machen.

Die Forderungen stehen in einem Text.

Der Text heißt:

Kieler Erklärung.

Das ist Ulrich Hase für Schleswig-Holstein besonders wichtig:

Bildung

Mehr Inklusion in der Bildung

Das heißt zum Beispiel:

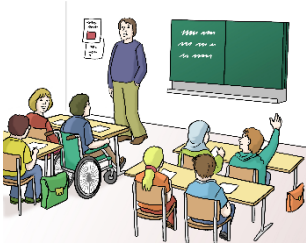
Kinder mit und ohne Behinderungen lernen zusammen.

Das soll die Regierung unterstützen.

Ulrich Hase sagt:

Die Bildung muss geprüft werden.

Nach der Prüfung soll sie weiter entwickelt werden.

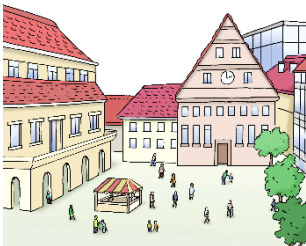


Mehr Wohnraum für Menschen mit Behinderungen

Es soll mehr barrierefreie Wohnungen geben.

Und sie sollen **nicht** teuer sein.

Denn viele Menschen mit Behinderungen haben **nicht** viel Geld.



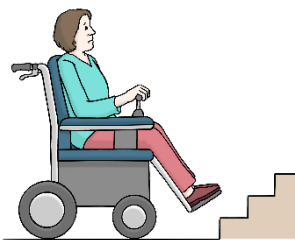
Mehr Barrierefreiheit

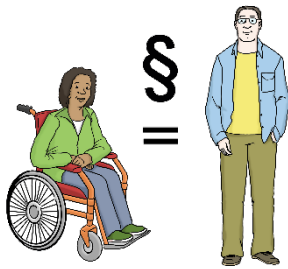
Es gibt immer noch zu viele Barrieren.

Zum Beispiel im Verkehr und in Gebäuden.

Die Barrieren müssen weg.

Damit Menschen mit Behinderungen selbstbestimmter leben können.





Im LBGG steht:

Menschen mit Behinderungen sollen

nicht benachteiligt werden.

Menschen mit und ohne Behinderungen
sollen gleich behandelt werden.

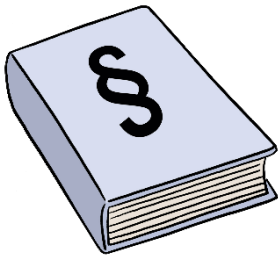
Das Gesetz ist aber noch **nicht** gut genug.

Das soll auch im LBGG stehen:

- Menschen mit Behinderungen sollen politisch mitbestimmen können.
 - Der Beirat der Menschen mit Behinderungen und wer Mitglied im Beirat sein kann.
-

**Mehr Beteiligung und Infos zum
Bundes·teilhabe·gesetz**

Seite 39 Kapitel 2.9



Auch in Schleswig-Holstein gilt das
Bundes·teilhabe·gesetz.

Das Gesetz ändert viel für
Menschen mit Behinderungen.

Deshalb sagt Ulrich Hase:

Menschen mit Behinderungen sollen
auch gefragt werden.

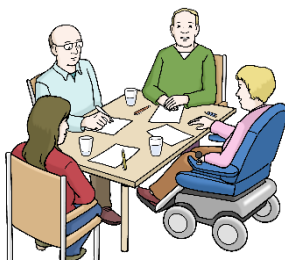
Menschen mit Behinderungen müssen
bessere Infos zum Gesetz bekommen.

Zum Beispiel in Leichter Sprache.

Die Beteiligung muss besser geplant und
besser gemacht werden.

Mehr Beteiligung von Menschen mit Behinderungen

Seite 43 Kapitel 2.9



Menschen mit Behinderungen wissen am besten:

Das brauchen Menschen mit Behinderungen.

Sie sind die Experten.

Menschen mit Behinderungen sollen mitwirken und mitentscheiden.

Das nennt man auch:

Partizipation.

Sie sollen auch in der Politik mitwirken.

Für eine gute Beteiligung fordert Ulrich Hase zum Beispiel:

- Gute Infos für Menschen mit Behinderungen.
- Gute Assistenz.
- Leichte Sprache.
- Gebärdensprache.

Wahlprogramme in Leichter Sprache

Seite 64 Kapitel 2.18



Ulrich Hase fordert:

Wahlprogramme von Parteien müssen in Leichter Sprache sein.

Damit Menschen mit Behinderungen Politik besser verstehen.

Menschen mit Behinderungen sollen sich auch an der Wahl beteiligen können.



Alle Kreise und Kommunen sollen
Behinderten-beauftragte haben.

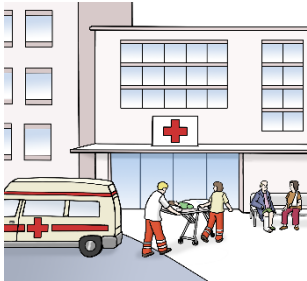
Oder einen Beirat von
Menschen mit Behinderungen.

Ulrich Hase fordert:

Die Regierung soll das
in ein Gesetz schreiben.

Das Gesetz heißt:

Gemeinde-ordnung.



In Schleswig-Holstein leben auch Menschen mit psychischer Erkrankung.

Psychisch krank heißt zum Beispiel:

- Menschen verletzen sich selbst.
- Manche Menschen hören auch Stimmen in ihrem eigenen Kopf.

Ein Krankenhaus für psychisch kranke Menschen heißt:

Psychiatrie.

Ulrich Hase sagt:

In der Psychiatrie gibt es zu viel Zwang.

Es muss besser geprüft werden:

- Wann Zwang notwendig ist.
- Wie man den Menschen noch helfen kann.

Das Ziel ist:

In der Psychiatrie soll es weniger Zwang geben.



Es gibt einen Bericht über die psychisch kranken Menschen in Schleswig-Holstein. Der Bericht ist aus dem Jahr 2016.

Im Bericht steht zum Beispiel:

- Wie viele psychisch kranke Menschen es gibt.
- Wie psychisch kranke Menschen versorgt werden.

Der Bericht ist von einer Arbeits-gruppe der Landes-regierung.

Die Arbeits-gruppe heißt:

Arbeits-gruppe Psychiatrie-bericht.

Ulrich Hase findet den Bericht gut.

Er möchte sich aber mit der Arbeits-gruppe treffen.

Auch betroffene Menschen sollen dabei sein.

Dann kann man gemeinsam schauen:

Wie können die psychisch kranken Menschen besser versorgt werden.

Richtlinien für die Arbeitskreise Gemeindenahe Psychiatrie

Seite 66 Kapitel 2.19

Die Kreise und kreis-freien Städte sind für die psychisch kranken Menschen verantwortlich.

Zum Beispiel:

- Für die Unterbringung.
- Für die Versorgung.

Die Kreise und kreis-freien Städte haben dafür Experten.

Die Experten sind in Arbeitskreisen.

Arbeitskreise sind wie Arbeits-gruppen.

Arbeitskreise haben ein bestimmtes Thema.

Die Arbeitskreise heißen:

Arbeitskreise Gemeindenahe Psychiatrie.

Ulrich Hase möchte Richtlinien für die Arbeitskreise Gemeindenahe Psychiatrie.

Richtlinien sind wie Regeln.

In den Richtlinien sollen Aufgaben stehen.

Auch psychisch kranke Menschen sollen bei den Richtlinien mitbestimmen.





Viele Menschen mit Behinderungen arbeiten in einer Werkstatt.

Als Rentner geht es ihnen oft **nicht** gut.

Dafür gibt es viele Gründe.

Zum Beispiel:

- Sie sind viel allein.
- Sie haben **keine** Beschäftigung.

Deshalb soll es mehr Angebote für die Zeit nach der Werkstatt geben.

Menschen mit Behinderungen sollen auch als Rentner eine gute Beschäftigung haben.

Menschen mit Behinderungen sollen selbst entscheiden:

Diese Hilfe und Unterstützung brauche ich.

Dabei soll ihnen das **Persönliche Budget** helfen.

Das Persönliche Budget ist Geld vom Staat.

Mit dem Geld können sie Hilfe und Unterstützung bezahlen.

Zum Beispiel eine Assistenz.

Oder einen Sprach-computer.

Man muss das Persönliche Budget **nicht** nehmen.

Es ist freiwillig und

man muss dafür einen Antrag stellen.

In Schleswig-Holstein haben wenige Menschen mit Behinderungen das Persönliche Budget.

Ulrich Hase fordert:

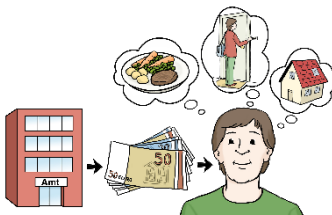
Es muss mehr Beratung und Hilfe geben.

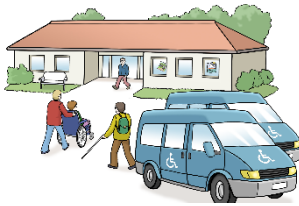
Damit Menschen mit Behinderungen einen Antrag für das Persönliche Budget stellen.

Dann können mehr Menschen mit Behinderungen selbstbestimmt leben.

Das sollen alle unterstützen.

Auch die Träger der Eingliederungshilfe.





Manche Menschen brauchen viel Hilfe.
Sie können **nicht** in einer Werkstatt für
Menschen mit Behinderungen arbeiten.
Für Menschen mit schweren Behinderungen gibt es
die Tages-förderstätten.

In Schleswig-Holstein gibt es zu wenig
Tages-förderstätten.

Ulrich Hase fordert:

Es soll mehr Tages-förderstätten geben.

Und mehr Plätze in Tages-förderstätten.

Mehr Menschen sollen gute Förderung bekommen.

Eingliederungshilfe

45

Mehr Betreuer in Tages-förderstätten

Seite 58 Kapitel 2.14



Tages-förderstätten brauchen mehr Betreuer.

Denn viele Menschen brauchen viel Hilfe.

Zum Beispiel braucht man Pfleger.

Oft braucht man auch einen Mitarbeiter für einen Menschen mit Behinderung.

Das nennt man auch:

1 zu 1 Betreuung.

Immer mehr Menschen brauchen 1 zu 1 Betreuung.

Jeder Mensch soll gute Betreuung bekommen.

Für gute Betreuung sollen sorgen:

- Die Tages-förderstätten
 - Die Kreise und kreis-freien Städte
-

46

Bessere Hilfe für Kinder mit Behinderungen in Kitas

Seite 45 Kapitel 2.10



Kinder mit Behinderungen brauchen

besondere Hilfe.

Die Hilfe sollen sie auch in der Kita bekommen.

Man nennt die Hilfen:

Heilpädagogische Leistungen.

Aber es bekommen **nicht** alle Kinder die Hilfe.

Das ist gegen das Gesetz und

das muss sich ändern.



Frauen mit Behinderungen erleben oft Gewalt.

Aber nur wenige Frauen bekommen Hilfe.

Hilfe zu bekommen ist manchmal schwer:

- Beratungs-stellen sind **nicht** immer barriere-frei
- Oft gibt es **keine** Gebärden-sprach-dolmetscher
- Es gibt **keine** Infos in Leichter Sprache
- Es gibt **kein** Geld für die Fahrt zur Beratungs-stelle.

Ulrich Hase fordert:

Das muss besser werden.

Frauen mit Behinderungen müssen leichter Hilfe bekommen.



Es gibt eine spezielle Ausbildung für psychisch kranke Menschen.

Die Ausbildung heißt:

Ex-In.

Nach der Ausbildung können die Menschen andere psychisch kranke Menschen beraten.

Die Ausbildung kostet viel Geld.

Viele psychisch kranke Menschen haben **nicht** so viel Geld.

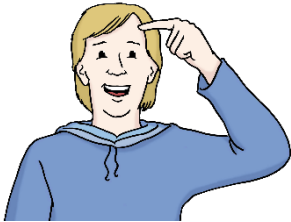
Deshalb können sie die Ausbildung **nicht** machen.

Ulrich Hase will:

Die Ausbildung soll bezahlt werden.

Mehr Menschen mit psychischer Erkrankung sollen die Ausbildung machen können.

Kurze Wörter



Hier stehen alle kurzen Wörter aus dem Text.
Die langen Wörter stehen daneben.
Hier können Sie immer nachschauen.
Dann wissen Sie:
Das heißt das kurze Wort.
Unter dem kurzen Wort steht eine Seitenzahl:
Auf dieser Seite wird das Wort erklärt.

AGG

Allgemeines Gleichbehandlungs-gesetz

➤ Seite 11

Kita

Kinder-tagesstätte

➤ Seite 24

LBGG

Landes-behinderten-gleichstellungs-gesetz

➤ Seite 12

Impressum

Herausgegeben von:

Landes·beauftragter für
Menschen mit Behinderung

Karolinenweg 1

24105 Kiel

Telefon: 0431 988 1620

[Internet·seite vom Landes·beauftragten](#)

Der Text ist von:



Institut für Leichte Sprache

Lebenshilfe Schleswig-Holstein e.V.

Kehdenstraße 2-10

24103 Kiel

Testleser waren:

Rüdiger Benkendorf, Armin Günter,

Roswitha Hennig, Stefan Hoyme,

Angela Kähler, Barbara Larsow,

Fabian Liebrandt, Alexander Reibert,

Markus Soika

Die Bilder sind von:

Lebenshilfe für Menschen mit

geistiger Behinderung Bremen e.V.

Illustrator Stefan Albers

Atelier Fleetinsel 2013
